

perspektiven des demokratischen  
sozialismus  
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse  
und Reformpolitik  
37. Jahrgang 2020 Heft 2  
ISBN 978-3-7410-0235-9  
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative  
Demokratischer Sozialismus (HDS) e. V.  
von Hermann Adam, Nils Diederich, Helga  
Grebing (†), Leo Kießler, Richard Saage und  
Karl Theodor Schuon

Redaktionsbeirat: Bernhard Clausen, Klaus Faber (†),  
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,  
Klaus Kost, Jens Kreibaum, Hendrik Küpper,  
Kira Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer,  
Andreas M. Müggenburg, Simon Obenhuber, Roland  
Popp, Lisa Price, Sibylle Reinhardt,  
Lars Rensmann, Moritz Rudolph, Hans-Joachim Scha-  
bedoth (†), Klaus-Jürgen Scherer, Wolfgang Schroe-  
der, Joachim Spangenberg, Heinrich Tiemann, Gert  
Weißkirchen  
Redaktion dieser Ausgabe: Klaus-Jürgen  
Scherer (verantwort.), Kira Ludwig, Hendrik Küpper,  
Laura Clarissa Loew  
Gestaltung: Erik Schüßler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative  
Demokratischer Sozialismus  
WBH, Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin  
Kontakt: kjs@hochschulinitiative-ds.de

Weitere Informationen unter:  
[www.hochschulinitiative-ds.de](http://www.hochschulinitiative-ds.de)

Verlag und Abo-Vertrieb:  
Schüren Verlag GmbH,  
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg  
Informationen zu *perspektivends* und zum  
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden  
Sie im Internet: [www.schueren-verlag.de](http://www.schueren-verlag.de)  
Die *perspektivends* erscheinen zweimal im Jahr.  
Einzelpreis € 12,80, Jahresabo € 22,00 incl. Versand.  
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im  
Mitgliedsbeitrag enthalten.  
© Schüren Verlag GmbH  
Alle Rechte vorbehalten.  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte wird keine Haftung übernommen.  
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag  
Druck: Booksfactory, Stettin

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die  
Vision einer freien, gerechten und solidarischen  
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine  
dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres  
Handelns ist die soziale Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

# Zwischen Corona- Absturz und gesellschaftlichem Aufbruch

## perspektivends 2/20

# INHALT

## EDITORIAL

## AKTUELL

Kira Ludwig  
«This is the time to heal»  
USA nach der Wahl

## SCHWERPUNKT ZWISCHEN CORONA-ABSTURZ UND GESELLSCHAFTLICHEM AUFBRUCH

Martin Gorholt  
2020 – verlorenes Jahr oder  
Zeitenwende?

Gert Weisskirchen  
Die COVID-19-Pandemie:  
Die unbekannte Unbekannte

Oskar Niedermayer  
Die Folgen der Corona-Pandemie für  
das Parteiensystem

Arne Heise  
Die Corona-Krise als Herausforderung  
für die Wirtschaftspolitik in Deutsch-  
land und Europa

Joachim H. Spangenberg  
Wirtschaften neu denken

Nikolas Dörr  
Deutsche Gesundheitspolitik vor dem  
Hintergrund der Corona-Pandemie

Horst Heimann  
Wer rettet den Demokratischen  
Sozialismus und die SPD  
Linke Jusos – modische Sozialwissenschaft-  
ler – oder eine Revisionismusdebatte?

Edgar Einemann  
Pikettys partizipativer Sozialismus  
*Kapital und Ideologie*

106

## GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Nikolas Dörr  
200 Jahre Friedrich Engels 123

Klaus Wettig  
Die Madsacks  
Eine typische Verlegerfamilie zwischen  
Kaiserreich und Nationalsozialismus 126

Petra Hoffmann Zschocher  
Zwei Wege aus Deutschland 1934 129

## BEITRÄGE UND DISKUSSION

Armin Pfahl-Traugher  
Die Gemeinsamkeiten von  
Identitätslinker und Identitätsrechter 137

Jörg Deml / Michael Wendl  
Nach drei verlorenen Jahrzehnten  
Renaissance einer wirtschaftspoliti-  
schen Debatte in der SPD? 153

Johannes Wendt  
Wo ist Absalom? – Eine Glosse 161

## HOCHSCHULPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig  
Wissen, Wahrheit und exponentielles  
Wachstum in Zeiten der Pandemie –  
davor und danach 164

Helena Wolf  
Die Verantwortung der Wissenschaft  
in der Digitalisierung 173

Gideon Geier  
Mehr Digitalisierung bedeutet nicht  
weniger Hochschule – unsere Unis  
können beides! 177

**JUNGE PERSPEKTIVEN**

Hendrik Küpper / Laura Clarissa Loew Vorwort: Über Identitätspolitik, soziale Bewegungen und die Krise der politischen Linken	181
Michelle Rauschkolb Bündnisse für eine transformatorische Linke	184
Jana Hermann Zur Geschichte und Gegenwart der sozialistischen Kinder- und Jugendbewegung	188
Ann-Kathrin Zierau Sozialdemokratie 100 Jahre nach der ersten Frauenbewegung	193
Lukas Thum Wie Kommunikation und Verständnis funktionieren können	196
Hendrik Küpper Der Konvivialismus als neues Leitnarrativ?	200
Nina-Kathrin Wienkoop Jugendengagement und Identität	202
Florian Balbiani «Identitätspolitik» und soziale Bewegungen	208
Laura Clarissa Loew Feministische Identitätspolitik und das politische Subjekt Frau	212
Julius Reim «Deutsche» Identitätspolitik zwischen Kontinuität und Neuinterpretation	216
Tamara Lüdke Let's get digital Mit politischem Content den Kultur- wandel starten	220

**REZENSIONEN UND BERICHTE**

Klaus-Jürgen Scherer Digitalkonferenz Pandemie-Krise in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft	223
Lena Teschlade Gründungsbericht SPD-Netzwerk Pro Sexkaufverbot	229
Rolf Reißig Heimann/Küpper/Scherer (Hg.): <i>Über den Demokratischen Sozialismus</i> Eduard Bernsteins	230
Irena Ristić Dieter Segert: <i>Transformation und politische Linke. Eine ostdeutsche Perspektive</i>	237
Hermann Adam Dierk Hirschel: <i>Das Gift der Ungleichheit</i>	241
Klaus-Jürgen Scherer Markus Meckel, Jochen Weichold, Thorsten Holzhauser: <i>SPD, PDS und der Demokratische Sozialismus</i>	245
Siegfried Heimann Wolfgang Benz (Hg.): <i>Streitfall Antisemitismus</i>	249
Armin Pfahl-Traughber Cinzia Sciuto: <i>Die Fallen des Multikulturalismus</i>	252
Mara Hädrich Stefanie Sargnagel: <i>Dicht. Aufzeichnungen einer Tagediebin</i>	253
Autorinnen und Autoren	256

# EDITORIAL

«Zwischen Corona-Absturz und gesellschaftlichem Aufbruch» – die meisten Beiträge dieser *perspektivends* drehen sich um zwei-erlei:

Erstens geht es darum, mit Blick auf die letzten Monate aus dem wohl seit der Nachkriegszeit existenziellsten historischen Einschnitt zu lernen. Die moderne Gesellschaft kann die Kontrolle verlieren. Es ist nicht mehr nur die mögliche Atomkatastrophe und der zu rasche und weitgehende Klimawandel, es können nun auch Viren sein, die die menschliche Zivilisation infrage stellen. Weltweit waren es am 4. Dezember 2020 1,5 Millionen nachgewiesene Corona-Tote, so die bereits ohne Dunkelziffer schreckliche Zwischenbilanz.

Zweitens geht es darum, den reformpolitischen Diskurs fortzusetzen, denn die Corona-Krise macht grundsätzliche Fragen von zunehmender gesellschaftlicher Spaltung und sozialökologischer Transformation nicht obsolet. Sie schärft vielmehr den Blick auf manche sich beschleunigende Entwicklung. Denken wir nur an die umfassende (und zwiespältige) Digitalisierung; denken wir an die weltweiten und in jeder Fußgängerzone sichtbaren Konzentrationstendenzen von Kapital und Macht; denken wir an die Gefährdung von Demokratie und Existenzen durch (wie lange vorübergehende?) Einschränkungen von Freiheit. Ethische Grenzfragen stellen sich neu, wieweit sich der Erhalt menschlichen Lebens oder die

Unantastbarkeit der menschlichen Würde widersprechen, wie Gesundheitsprävention und offene Gesellschaft, wie Sicherheit und Solidarität zusammenhängen oder wie besonders mit Risikogruppen umzugehen ist.

Wie immer in unserem Diskussionszusammenhang, der das ganze Jahr natürlich darunter litt, nur digital stattzufinden, ging es zudem um die nach wie vor schwächelnde Sozialdemokratie; natürlich wegen der Bundestagswahl im September 2021, aber auch in Fortsetzung unserer Reformdiskurse. Es geht um Fragen grundwertorientierter Gesellschaftsgestaltung, Thomas Piketty prägt die Formel vom «partizipativen Sozialismus» (siehe die umfangreiche Analyse von Edgar Einemann), während Horst Heimann in Abgrenzung zu ökonomistischen Verengungen im linken Diskurs einmal mehr auf die Bedeutung des «demokratischen Sozialismus» verweist.

Seit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans Co-Vorsitzende der SPD sind, hat jedenfalls die Tabuisierung des demokratischen Sozialismus ein Ende gefunden. Über ihn kann, wenn auch nicht immer klar im Sinne der Bernsteinschen Theorietradition, wieder entspannt geredet werden. *Der Spiegel* (50/2020, S. 46) fragte: «Wie wichtig ist Ihnen der demokratische Sozialismus der SPD? Walter Borjans: Mir ist wichtig, was dahinter steht. Wir brauchen Solidarität und sind füreinander verantwortlich, eine Gesellschaft der Egoisten hat keine Zukunft. Wohlstand und Anstand gehören zusammen. Das ver-

stehe ich unter demokratischem Sozialismus. Aber der Begriff Sozialismus wird, mit dem Verweis auf die DDR, von interessierter Seite dazu benutzt, den Menschen Angst zu machen. *Der Spiegel*: Frau Esken, Sie haben diese Hemmungen nicht? Esken: Die SPD ringt seit mehr als 150 Jahren mit der Frage, was demokratischer Sozialismus bedeutet. Muss der Kapitalismus überwunden werden, oder können wir ihn bändigen? Wir sehen unsere Aufgabe so: Wie können wir den Kapitalismus so verändern, dass er den Menschen dient und nicht umgekehrt? – Mit dem Thema des demokratischen Sozialismus beschäftigen sich in dieser Ausgabe auch die Besprechungen von Rolf Reißig und von Klaus-Jürgen Scherer.

Eigentlich müsste der Ende 2019 in China erstmals aufgetauchte coronavirus disease 2019 anders heißen: COVID-20 statt COVID-19. Denn schließlich war 2020 das Corona-Jahr, in dem das Virus unsere Welt auf den Kopf gestellt hat, wieso auch die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfS) die «Corona-Pandemie» zum «Wort des Jahres» kürte. Die Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 bestimmten weltweit die meisten Gesellschaften: auch bei uns Demokratie, Wirtschaft, Kultur, ja das Alltagsleben von uns allen. Das Drama des immer wieder überraschenden Verlaufs der Pandemie und die Gegenmaßnahmen: das Social Distancing, die Maskenpflicht und Hygienemaßnahmen, die Lockdowns, die umfangreichen finanziellen Hilfs- und Unterstützungsleistungen, die Entwicklung und anlaufende Anwendung von Tests und neuen Impfstoffen – angesichts dieser täglichen Corona-Meldungen wirkten alle anderen Themen nebensächlich (vielleicht abgesehen von der knappen Abwahl Trumps in den gespaltenen USA, siehe den Beitrag von Kira Ludwig).

Der europäische Sommer entpuppte sich als nur kurze Atempause zwischen der ersten Welle, die Deutschland mit einem harten Lockdown einigermaßen gut meisterte, und der viel schlimmeren zweiten Welle, die ein gemäßiger Lockdown nicht bewältigen konnte. Zudem schwand die Einigkeit des Frühjahrs, im Dezember 2020 hielt ein gutes Viertel der Bürger/innen selbst die Maßnahmen, die offensichtlich überhaupt nicht ausreichen, für zu weitgehend. Ein ständiges Hoch- und Runterfahren des öffentlichen Lebens können wir nicht endlos durchhalten, auch wenn Arbeit, Konsum und Bildung zunächst offengehalten wurden, ohne Gemeinschaft, Geselligkeit, Sport, Messen, Veranstaltungen, Reisen, Restaurants und Kulturleben (vom Club übers Theater und Kino bis zum Museum) nimmt die demokratische Bürgergesellschaft Schaden.

Instabilitäten und Insolvenzen wurden zu den neuen Symbolen der gesundheitlichen und ökonomischen Bedrohung. Am Ende könnten neue Armut (die Welthungerhilfe prognostizierte 30 Millionen Hungertote als Folge des weltweiten Corona-Wirtschaftseinbruchs), neue Gewinner (wie Amazon und DHL) und neue Verlierer (wie Kulturschaffende, Soloselbstständige und innerstädtische Geschäfte) stehen. Aber auch Alte und Junge drohen gegeneinander ausgespielt zu werden, es sind weit stärker die Älteren und Vorerkrankten, die an und mit Corona sterben. Vom eigentlichen Hauptunterschied, dem ungerechten Schicksal zwischen denen, die es erwischt, die gestorben oder chronisch gezeichnet sind, und den Davongekommenen ganz zu schweigen.

Immer mehr wurden die neuen Impfstoffe zur Erlösungsperspektive, nicht nur im medizinischen Sinne (Momentaufnahme des Dezembers: nach einer Phase der Stag-

nation wieder exponentielles Wachstum). Zum Jahreswechsel 2020/21 klammerte man sich dank zweitem harten Lockdown und Impfperspektive an die Hoffnung, dass der Spuk im Laufe des neuen Jahres verschwinden könnte. Jedenfalls wird die Frage bleiben, wie weit ein stärker verschuldeter Staat, der das Schlimmste monatelang erfolgreich abfederte, noch die Kraft hat, die Mittel für den dringend notwendigen, sozial gestalteten, ökologischen Strukturwandel aufzubringen.

Das Corona-Jahr hat mit dazu beigetragen, dass es in der Sozialdemokratie – anders als in den Jahren zuvor – mittlerweile unstrittig ist, dass es gerade gut ist, Teil der Bundesregierung zu sein. Besonders die expansive Fiskalpolitik, die in der Corona-Krise die Wirtschaft stabilisierte und Arbeitsplätze rettete, trug eindeutig die Handschrift der SPD. Gleichzeitig ist für das Wahlziel 2021 klar, dass es um eine Mehrheit jenseits der Union geht. Denn nur in so einer Konstellation dürfte die notwendige sozialökologische Transformation – das Ziel, 2050 in einer sozial gerechten Gesellschaft klimaneutral zu wirtschaften – eine Chance haben.

Neue Technologien stehen wie beim industriellen Aufschwung Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts bereit, den Kapitalismus einmal wieder umzuwälzen. In dieser Situation bedarf es eine Politik gegen die Vermachtung von Märkten, eine Politik der sozialen Stabilisierung von gesellschaftlichen Brüchen und Verwerfungen, der Steuerung und Regulierung, einer besondere Gerechtigkeitspolitik (Vermögenssteuer, Lastenausgleich), der Investitionslenkung und gezielten Wissenschafts-, Bildungs- und Innovationsförderung. Nur mit einem aktiven und mutigen Staat, nicht mit dem Selbstlauf des freien kapitalisti-

schen Marktes und dem Einfluss altindustrieller Lobbys, das ist die Erfahrung der letzten Jahrzehnte, sind die Chancen ohne soziale Verwerfungen nutzbar: der Energiewende auf der Basis der Erneuerbaren Energien, der Mobilitätswende (mehr als E-Autos und Ladestationen überall!), der Agrarwende hin zur ökologischen Landwirtschaft, des digitalen Netzausbaus, der Wasserstofftechnologie, einer letztlich 100%igen Kreislaufwirtschaft usw.

Die Konstellation für 2021 zeichnet sich ab, nach den Worten von Norbert Walter-Borjans: «Durch die Coronakrise rückt doch eines noch stärker in den Mittelpunkt. Wir müssen mehr investieren in das Gesundheitswesen, in Klimaschutz, Bildung, Digitalisierung und Wohnungsbau. Die Konservativen wollen das Gegenteil: eine Wiederauferstehung des Neoliberalismus. CDU und CSU wollen nach der Krise einen Kaputtsparkurs – so schnell wie möglich Kredite tilgen und zugleich die Steuern für Topverdiener und Vermögende senken.» (*Der Spiegel* ebda).

Es wuchs eine konstruktive arbeitsteilige Kooperation zwischen den Parteivorsitzenden, dem Generalsekretär, dem früh nominierten Kanzlerkandidaten und dem Fraktionsvorsitzenden. Endlich wurde sozialdemokratische Politik wieder solidarisch sichtbar und gibt nicht mehr ein zerstrittenes Bild einer innerparteilichen Lagerlogik aus Gewinnern und Verlierern ab. Vielleicht merken das bald auch die Wähler/innen. Hierbei wird das Willy-Brandt-Haus programmatisch (übrigens in kommunikativen Prozessen des Einbezugs bis hin zu digitalen Debatten-Camps und nicht mehr als autoritäre Basta-Ansagen) sicher noch kräftig nachlegen und der Kanzlerkandidat dürfte seine Kandidatenrolle, desto näher der Endspurt rückt, kämpferischer umsetzen.

2020 fiel der Bonus des erfolgreichen exekutiven Umganges mit Corona (zu Unrecht) voll an die Union. Doch wenn die Menschen begreifen, dass die Zeit der über aller Kritik stehenden Bundeskanzlerin vorbei ist, könnten die Karten neu gemischt werden. Dann kann es heißen, hier kandidiert der wirtschaftskompetenteste und erfahrenste Krisenpolitiker, dem, wie er in den letzten Jahren in Hamburg und als Bundesminister gezeigt hat, gerade die kleinen Leute nicht egal sind. Und der zum Ende des Corona-Jahres zum beliebtesten Politiker (natürlich nach der abtretenden Kanzlerin) wurde. Zentrale Themen könnten sein: Den Klimawandel technologisch führend, wettbewerbsfähig und sozial gestaltet zu bewältigen; die Festigung eines starken, demokratischen, sozialen und souveränen Europa; gleicher Respekt für alle, Ansprache und Interessenvertretung gerade auch der «normalen kleinen Leute» (die traditionelle Mittelklasse ohne größere Einkommen und ohne akademische Ausbildung nicht der AfD überlassen!). Vertrauen und Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen, braucht diesen neuen Gestus: «Wer will, dass dieses Land von Leuten geführt wird, die sich nicht für etwas Besseres halten, muss SPD wählen», das war schon mal eine Ansage von Olaf

Scholz zum Auftakt des Wahljahres (*Der Tagesspiegel*, 6. Dezember 2020, S.3).

Besonders diskutiert werden sollten die grundlegenden wirtschaftspolitischen Beiträge von Arne Heise und Joachim Spangenberg, die – ob zu den Coronafolgen oder zur ökologisch notwendigen Dematerialisierung der Wirtschaft – beide auf die immense Größe der vor uns stehenden Zukunftsaufgaben verweisen.

Wieder enthalten unsere *perspektivends* die *jungen perspektiven*, erneut von Hendrik Küpper und Laura Clarissa Loew gestaltet. Sie widmen sich besonders aktuellen Fragen der Identitätspolitik, diesem «Missbrauch kultureller Unterschiede» (Thomas Meyer), die ja vielfach auf dem Prüfstand stehen. Kann Identitätspolitik, die ja als rechtes Überlegenheitsdenken einflussreich ist, überhaupt ein linkes Projekt sein? Werden durch den Fokus auf Diskurse und Sprachmacht in der Identitätspolitik manche kritischen Debatten unmöglich gemacht? Und in welchem Verhältnis steht Identitätspolitik zu dem ursprünglichen Markenkern sozialer Gerechtigkeit? Hierzu passt, dass Armin Pfahl-Traughber in diesem Band nach Gemeinsamkeiten zwischen identitätsrechter und identitätslinker Politik fragt.

*Klaus-Jürgen Scherer*